

Die ethnischen Minoritäten sind wohl eher arm zu nennen

Zu Aspekten der Minderheitenpolitik Vietnams

von Eberhard Knappe

Wie in den Nachrichten berichtet wird, ist der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1992/93 bis 1998/99 deutlich zurückgegangen. Wenn über die Zahlen auch Uneinigkeit besteht, stimmen die vietnamesische Regierung und die UNDP doch darin überein, daß »Mitglieder ethnischer Minoritäten wahrscheinlich eher arm sind und unter Unterernährung leiden, während Frauen wegen ihres Geschlechts gehindert werden bessere Arbeit oder Kredite zu bekommen«. (BP 19.10.99, S. 5)

Wie aus der laufenden Berichterstattung zu entnehmen war, gibt es eine Häufung von Problemen in abgelegenen und gebirgigen Gegenden Vietnams, wie zum Beispiel schlechtes Ackerland, schlechte Wohnbedingungen, Schwierigkeiten beim Zugang zu sauberem Wasser, schlechte oder keine Versorgung der Dörfer mit Elektrizität, mangelhafte Verkehrsanbindung, Unterversorgung mit Krankenstationen und Schulen, sowie das Fehlen von Arbeitsplätzen außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors. Abgesehen von der größten ethnischen Minderheit in Vietnam, den Chinesen, leben die anderen 53 ethnischen Minderheiten hauptsächlich in diesen Gebieten. Die Bedingungen für ihre traditionellen, zum Teil selbstgenügsamen Lebensweisen sind jedoch heute nicht mehr vorhanden. Ihre natürlichen Lebensbedingungen sind teilweise zerstört, die traditionellen Arbeitsformen werden zunehmend obsolet. Kulturelle Werte, die Glaubensvorstellungen, die Sprachen und Gebräuche der ethnischen Minderheiten werden in die Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt oder was noch schlimmer scheint, verkommen zur sinnentlehnten Touristenattraktion.

Diese historische Last ist entstanden unter der Herrschaft und Expansion der vietnamesischen Kai-

ser in die landwirtschaftlichen Gunsträume. Auch unter der französischen, christlich-missionarischen Kolonialherrschaft ist die Marginalisierung der Minderheiten verstärkt worden. Obwohl in Nordvietnam die prinzipielle Gleichstellung in der Verfassung garantiert war, wurden dort wie im Süden die Minderheiten im Krieg funktionalisiert. Auch die grandiosen und ebenso gescheiterten Umsiedlungspläne und -versuche, sind immer von den vermeintlichen Interessen und Problemen der Mehrheit der Khin ausgegangen. So läßt sich heute feststellen, daß die ethnischen Minderheiten noch immer unter den Lasten der Vergangenheit leiden.

Die nationale Armutsrate konnte gesenkt werden

Im September hielt der Nationalitäten-Rat der Nationalversammlung eine Tagung zum Lebensstandard der ethnischen Minoritäten in Vietnam ab. Die vorgelegte und auf der Tagung diskutierte Untersuchung bezog sich auf 4.000 Familien aus 20 ethnischen Gruppen in 13 Provinzen. Dazu wurden auch Berichte aus den 48 Provinzen vorgelegt. Ein wesentliches Ergebnis war die Feststellung, daß die nationale Armutsrate auf 15,7 % gesenkt werden konnte. Dieses Gremium scheint einen gefestigten Armutsbegriff zu haben. Der Maßstab für Armut sind die Lebensbedingungen »der Vi-

etnamesen«. Gemessen wird in Dong sowohl für Produktion als auch für Konsumption. Nicht marktfähige Leistungen und Werte gehen in diese Armutsbetrachtung nicht ein. In der Diskussion wurden folgende Untersuchungsergebnisse dargestellt:

- Der Anteil der armen Haushalte in den nördlichen gebirgigen Regionen (18,9 %) und im Zentralen-Hochland (19,7 %) ist mehr als doppelt so hoch, wie im Delta des Roten Flusses (7,2 %) und dem Mekong Delta (9,9 %).
- Die Armutsrate in den zwei nördlichen Provinzen Cao Bang (30,8 %) und Lai Chau (35 %) ist wesentlich höher als der regionale Durchschnitt von 19 Prozent.
- Ethnische Minoritäten machen 32,8 Prozent der Haushalte in elf von 13 Provinzen der Untersuchung aus, ihr Anteil an der armen Bevölkerung beträgt allerdings mehr als 51 Prozent.
- In Ha Giang sind 51,7 Prozent der Hmong-Haushalte arm, der Durchschnitt dieser Provinz liegt bei 25 Prozent.
- 67,1 Prozent der Mning in der Provinz Dac Lac im Zentralen Hochland leben in Armut, was dramatisch höher ist als der 15-prozentige Durchschnitt in dieser Provinz.
- In Lai Chau sind unter den Khin nur 4,4 Prozent arme Haushalte, während unter den Si La in der gleichen Provinz 93,8 Prozent als arm gelten.

Der Autor ist Diplom-Politologe und beschäftigt sich seit langem mit Vietnam

Fairer Service für alle — nicht nur Gesundheit nach Kaufkraft

Wenn wir mit vietnamesischen Zahlen operieren, bleibt immer ein von Adam Riese nicht abgedeckter Rest, der nicht schludriger Recherche angelastet werden sollte, sondern dessen Ursache eher in der unterschiedlichen Position des jeweiligen Betrachters liegen mag.

Der vietnamesische Gesundheitsminister, Professor Do Nguyen Phuong, erklärte zur sozioökonomischen Situation der vietnamesischen Bevölkerung, daß der Gesundheitsdienst so entwickelt werden sollte, daß er einen fairen Service für alle bietet und nicht nur Gesundheit nach Kaufkraft. In dieser Rede führte er aus, daß 20 Prozent der Bevölkerung in 1.715 armen Dörfern lebt, von denen wiederum 1.000 Dörfer in abgelegenen und gebirgigen Regionen liegen, den Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten. Zwar haben nach seiner Darstellung mittlerweile 97 Prozent aller Dörfer eine Gesundheitsstation, aber in den Problemgebieten fehlen entsprechende Einrichtungen, Medizin und auch GesundheitsarbeiterInnen. In 65 Prozent aller Dörfer gibt es keinen Arzt. Gerade in den abgelegenen Dörfern der Minderheiten, mit ihren fehlenden Straßen und den weiten Entfernungen, ist dies ein Problem.

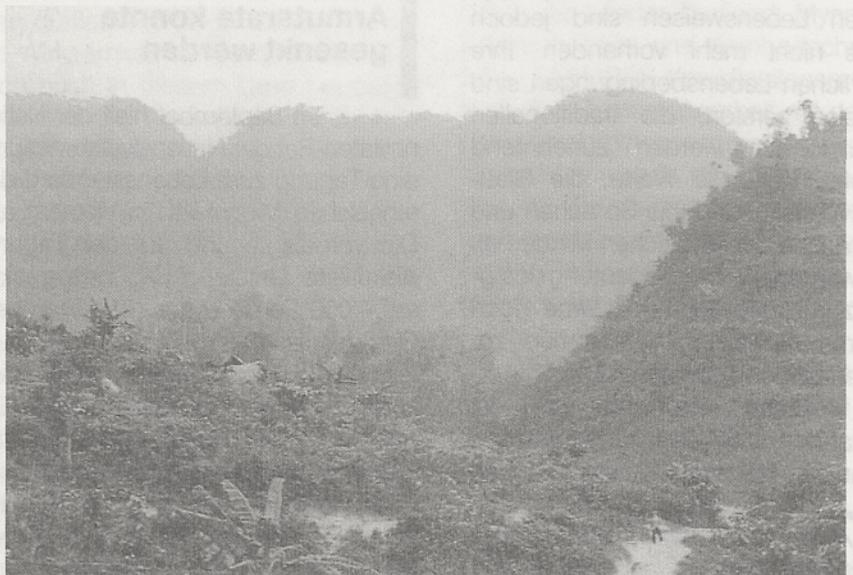
Wenn wir die Armut der Dörfler in Rechnung stellen, steht allerdings zu bezweifeln, ob sie sich die Konsultation eines Arztes überhaupt leisten könnten. Nach Kenntnis des Ministers können dies aber gegenwärtig 34 Millionen VietnamesInnen nicht. Nur sechs von den 34 Millionen haben Zugang zu kostenloser medizinischer Versorgung.

In den nächsten Jahren sollen 40 Prozent aller Dörfer einen Arzt bekommen. Schon im Jahr 2000 soll es in jedem Dorf eine Krankenschwester geben. Wie dies erreicht werden soll, blieb allerdings offen, denn jenseits von Haushaltsfragen bleibt auch die notwendige Qualifikation der Gesundheitsdienst-MitarbeiterInnen herzustellen.

Die Belastung der Frauen in ländlichen Gebieten nimmt weiter zu

Die gesundheitliche Situation in den Siedlungsgebieten der Minderheiten bleibt auch in den nächsten Jahren problematisch. Ein extrem hoher Anteil von Kindern ist unter- oder fehlernährt. Die Belastung der Frauen in den ländlichen Gebieten nimmt immer gefährlichere Formen an, mit ihrer Doppelrolle als Ernährerin der Familie und als Hauptarbeiterin im Haushalt. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche erreichte 1997 mit 1.124.000 die Zahl der Lebendgeburten. Etwa 300.000 Schwangerschaftsabbrüche wurden von jungen Frauen unter 18 Jahren durchgeführt. Die Todesfälle bei gefährlichen Schwangerschaftsabbrüchen und vor und nach Geburten sind mit 120 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten sehr hoch. Nach den Worten des Stellvertretenden Premierministers Pham Gia Khiem sind die Möglichkeiten der Regierung und der Kommunen in den Bereich Gesundheit und Familienplanung zu investieren äußerst begrenzt. Während gleichzeitig in den Bergregionen und zum Teil in den ländlichen Küstengebieten die Geburtenraten weit über den gefeierten niedrigen Zahlen für Gesamtvietnam liegen. Was konkret bedeutet, der Bevölkerungsanteil der Minderheiten nimmt zu, das wenige vorhandene Geld in den Familien muß für mehr notwendigen medizinischen Service, für Schulgeld usw. ausgegeben werden.

Den armen Bauern und dies sind ganz häufig Angehörige der Minderheiten, bleiben wenige Möglichkeiten. Es besteht die Hoffnung, daß Armutsbekämpfungsprogramme, wie zum Beispiel das des Deutschen Entwicklungs Dienstes, langfristig greifen und zur Beseitigung der Armut auf dem Land beitragen werden. Kurzfristig scheinen die Menschen allerdings andere Versuche zu unternehmen, der Armut zu entgehen. Eine viel beklagte Entwicklung ist die »dramatische« Zunahme der Kinderarbeit in den ländlichen Gebieten. Nach einem Bericht der Zeitung »Neues Hanoi« beginnen Kinder auf dem Land im Alter von fünf oder sechs Jahren mit leichten Arbeiten, wie Waschen, Reinigen, Babysitting, Hüten und Füttern des Federviehs. Mit dem Heranwachsen werden die Arbeiten vielfältiger, schwerer und die Arbeitszeiten werden länger. Nach neueren Untersuchungen arbeiten Mädchen im Alter von elf oder zwölf Jahren drei bis fünf Stunden täglich, gleichaltrige Jungen arbeiten etwa eine Stunde weniger. Im Alter von 15 bis 16 Jahren arbeiten weibliche und männliche Jugendliche sieben bis acht Stunden täglich an sieben Tagen in der Woche. In Kombination mit dem fehlenden Schulgeld und den Schwierigkeiten, die der häufig dreischichtige Schulunterricht mit sich bringt, führt die Kinderarbeit zu vorzeitigem Abbruch der Schulausbildung. Nach Informationen der Zeitung »Neues Hanoi« verlassen laut des Ministeriums für Erziehung, jährlich etwa 10 Prozent der Kinder auf



Typische Landschaft im Hochland von Vietnam

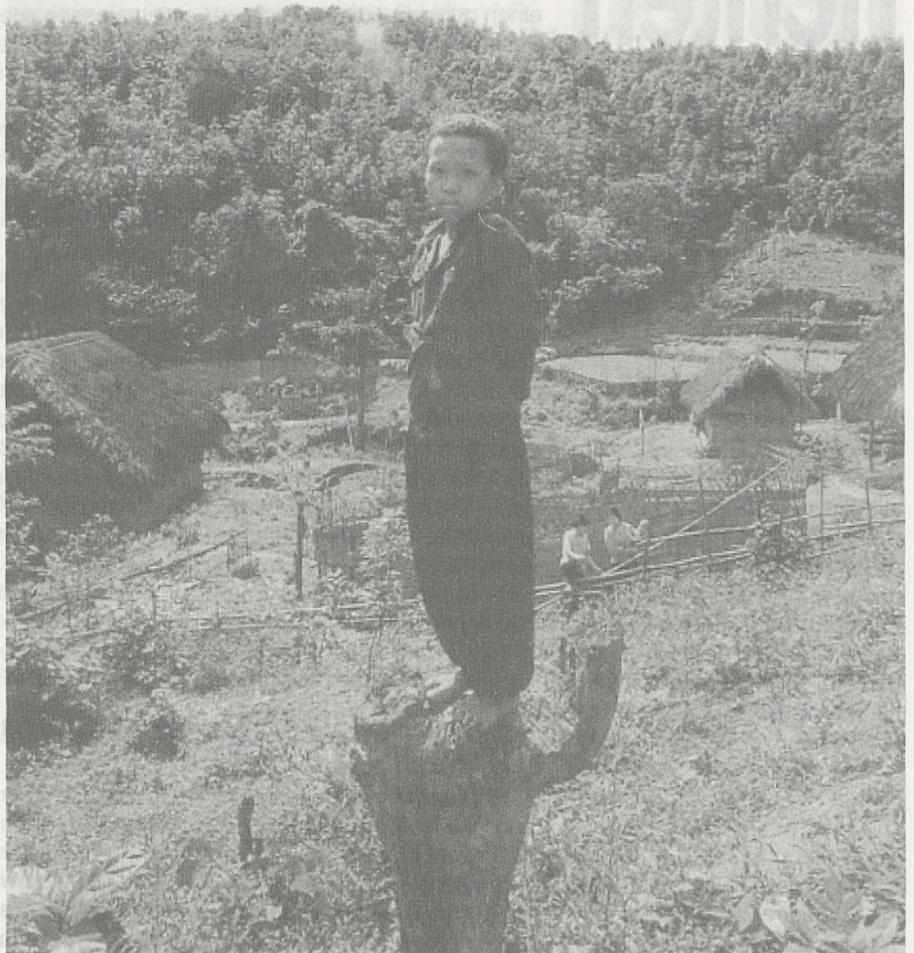
dem Land die Schule beim Übergang von der Grundschule zur höheren Schule, also zwischen Klasse fünf und sechs. 60 bis 65 Prozent aller SchülerInnen gehen nicht von der höheren auf die Oberschule, von Klasse 9 in Klasse 10. Wie schon beschrieben ist der Anteil der AbbrecherInnen wesentlich größer, weil die Eltern eher bereit sind wenigstens für einen Sohn das Schulgeld aufzubringen, das aber bei den Mädchen nicht für notwendig halten. Der Zwang Geld zu verdienen führt dann schnell in unterbezahlte und unqualifizierte Arbeitsverhältnisse, z.B. als Haus-, Kinder-, Servier- oder Zimmermädchen in den großen Städten.

Binnenmigration oder Invasion — die Behörden sind überfordert

Die Binnenmigration aus ihren vernachlässigten abgelegenen Siedlungsgebieten macht schon jährlich etwa 350 bis 400.000 Angehörige von ethnischen Minderheiten zu Fremden und häufig auch zu unwillkommenen Sozialfällen, aus Sicht der aufnehmenden Gemeinden. Im letzten Jahr sind insgesamt 250.000 Haushalte mit mehr als einer Million Menschen aus den abgelegenen Provinzen in andere Gebiete übergesiedelt. Getragen von der Hoffnung auf besseres Land, mehr Verdienstmöglichkeiten und vorteilhaftere sozio-ökonomische Bedingungen findet eine ungeplante Wanderungsbewegung statt. Die Behörden sind oft mit der Regelung der Zuwanderung überfordert, nicht zuletzt deshalb, weil häufig nur der Versuch unternommen wird, die Zuwanderung mit administrativen Maßnahmen zu stoppen. So entwickeln sich Probleme im Wohnungswesen, im Sozial- und Gesundheitssystem und im Schulwesen. In Dac Lac schreiben die Zeitungen schon von »Klassenraum-Schlachten gegen die jährliche Invasion«. Betont werden auch in diesen Berichten die Schwierigkeiten der Planer mit den sehr armen Menschen, die kein Schulgeld zahlen können. Außerdem ergeben sich Probleme daraus, daß sich die ethnische Zusammensetzung im Zentralen Hochland spontan verändert.

Auch in dieser Frage scheinen die unterschiedlichen politischen

aus: Watershed Vol. 5, No. 1, S. 31



Dzao-Junge in der Provinz Lao Cai

Standpunkte in verschiedenen Gruppierungen von Partei, Regierung und Staatsverwaltung noch diskutiert zu werden. Forderungen nach Kampagnen gegen die ungeplante Migration sind zur Zeit ebenso im Schwange, wie administrative Abwehrversuche gegen die Migranten. Andere Positionen setzen auf Modernisierung im Schulbereich, z.B. nach Befreiung der Mädchen vom Schulgeld, besonders in den Gebieten der ethnischen Minderheiten. Weiter wird die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Familienplanung in den Dörfern der Minderheiten gefordert. Nicht zuletzt setzen die Modernisierer auf Wirtschaftsförderungsinitiativen für die bisher vernachlässigten Gebiete der Nationalen Minderheiten. Abgeordnete aus den Minderheiten, in ihrer Verantwortung für das ganze

Land, setzen auf diesen Modernisierungskurs der Partei.

Ob die ethnischen Minderheiten eine Chance zur Wahrung und Entwicklung ihrer Identitäten haben oder, ob durch Überfremdung, Verdrängung und Migrationsdruck die Ethnien zerstört und die Menschen zu Fremden in ihrem eigenen Land werden, kann hier nicht beantwortet werden.

Quellen:

- Ethnic minority poverty rate falls, VNS, 23.9.1999*
- Health Minister wants fairer services for the poor given top priority, VNS, 30.7.99*
- Reforms weigh rural labour scales in women's favour, VNS, 22.10.1999*
- Improved quality-of-life is key approach, VNS, 9.7.1999*